

spotlight europe

2008/07 – Juni 2008

Hallo Nachbar! Für eine neue EU-Politik von Marokko bis Aserbaidshan

Joachim Fritz-Vannahme, Armando García Schmidt,
Margarethe Gawelek, Christian Peter Hanelt, Cornelius Ochmann
Bertelsmann Stiftung, ENP-Team@bertelsmann.de

Die Europäische Nachbarschaftspolitik zielt auf die Gestaltung des geopolitischen Umfeldes ebenso wie die neue Mittelmeerunion – im Brüsseler Jargon beschwerlich „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ genannt. Am 13. Juli will Nicolas Sarkozy die neue Union offiziell aus der Taufe heben. Das sollte der Anlass sein, um die Beziehungen zu Europas direktem Umfeld neu zu gestalten.

spotlight europe # 2008/07

Die Europäische Union hat ein ureigenes Interesse am intensiven Gespräch mit ihren zahlreichen Nachbarn. Es geht dabei nicht alleine um demokratischen Wandel und Stabilität im direkten Umfeld der Union, sondern um handfeste europäische Interessen. Auf der Agenda stehen:

- *Asyl- und Migrationspolitik:* Von den 238 000 Menschen, die 2005 einen Asylantrag in der EU gestellt haben, stammt zwar nur ein kleinerer Teil aus direkten Nachbarsstaaten wie Georgien oder Moldau. Durch die Nachbarstaaten führen jedoch die meisten Transitstrecken, die in Schwarzafrika oder Zentralasien anfangen.
- *Umweltfragen, Energiepolitik:* Bis zu 90% der russischen Gas- und Öllieferungen

werden durch ukrainische Leitungen transportiert.

- *Handel:* Das Wirtschaftswachstum in etlichen der Nachbarstaaten ist beachtlich. So weisen Staaten wie Armenien und Tunesien für 2007 mehr als 6% aus, Georgien über 12% und Aserbaidshan rund 25%.
- Last but not least hat die EU ein Interesse daran, gemeinsame Wege im Kampf gegen den *Terrorismus* zu finden.

Anders als andere Global Player wie die USA, China oder Indien ist die EU von einem weiten Kranz von Nachbarn umgeben, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Von Rabat über Kairo bis nach Baku, Kiew und Minsk – die kulturellen und politischen Prägungen der 18 direkten Nach-

barn sind äußerst heterogen. Auch ihr Interesse an den Beziehungen zur EU weicht oft erheblich voneinander ab. Der Einfluss weiterer regionaler Spieler, wie etwa der Russischen Föderation oder des Iran sind im direkten Umfeld der EU bemerkbar.

Im Unterschied zum Transformations- und Heranführungsprozess der mittel- und osteuropäischen Staaten in den 1990er Jahren steht die Aussicht auf EU-Mitgliedschaft nicht mehr als probates Allzweckmittel zur Verfügung, das so verlockend wie disziplinierend wirkt. Die EU kann nicht allen Nachbarn den Beitritt versprechen – ohnehin wären gar nicht alle an solch einem Versprechen interessiert. Das Verhältnis zu den Nachbarn muss also anders, neu, einfallsreich geregelt werden.

Doch nach welchen Verfahren – bilateral, regional oder unter einem gemeinsamen Dach? Und nach welchen Prinzipien – als reine Handelszone, als Sicherheitsgemeinschaft oder mit dem Anspruch auf gemeinsame Werte wie Menschenrechte und Demokratisierung?

„Anspruch und Wirklichkeit der ENP klaffen auseinander“

Die EU hat sich bislang bewusst nicht für ein einziges Verfahren entschieden. Was in Brüssel durchaus als Erfolg bewertet wird, kritisierte etwa die Financial Times (5.7.2007) als „eine Mischung aus Kudelmuddel und Ausflüchten“. Nur jeder fünfte EU-Bürger hatte im Frühjahr 2007 schon einmal von der so genannten Europäischen Nachbarschaftspolitik – ENP – gehört. Anspruch und Wirklichkeit der ENP liegen weit auseinander.

Auf politischem Parkett hingegen ist mit der Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy zur Gründung einer Mittelmeerunion die Debatte um Zielrichtung und Instrumente einer neu definierten Nachbarschaftspolitik entbrannt. Ungeachtet des Neins der Iren zum Vertrag von

Lissabon wird zwischen Paris, Brüssel, Berlin, Warschau derzeit hart verhandelt.

Schwächen der aktuellen ENP-Strategie

Mit der 2003 erarbeiteten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) gab sich die EU eine Strategie für eine engere Zusammenarbeit mit jenen Nachbarstaaten, die keine Beitrittsperspektive haben – weshalb die Türkei wie auch die Staaten des westlichen Balkan nicht von der ENP erfasst werden. Auch die Beziehungen zur Russische Föderation haben in der eigens eingerichteten Strategischen Partnerschaft einen Sonderstatus. Die ENP ist der politische Rahmen, innerhalb dessen die EU bilaterale Beziehungen zu ihren direkten Nachbarn aufbaut und im Rahmen bilateral abgestimmter Aktionspläne intensivieren kann.

Die Mitgliedstaaten investieren einiges in die gemeinsame Nachbarschaftspolitik. Im EU-Budget der Jahre 2007 bis 2013 schlägt dieser Politikbereich mit rund 12 Milliarden Euro zu Buche – 32 Prozent mehr als in der vorhergegangenen Haushaltsperiode. Hinzu kommen 12 Milliarden Euro der Europäischen Investitionsbank in demselben Zeitraum – Russland wird hier ebenfalls mit bedacht.

Die Anreize für die Nachbarn zeigten allerdings vielfach wenig Wirkung. Allein Marokko, die Ukraine, Moldau und Israel gehen seit April 2008 weitere Schritte gemeinsam mit der EU: Mit der Ukraine wird derzeit über ein umfassendes Freihandelsabkommen verhandelt, im Falle der Republik Moldau soll das bestehende Partnerschaftsabkommen erweitert werden, mit Israel und Marokko arbeitet die Europäische Kommission an einem speziellen bzw. avanciertem Status.

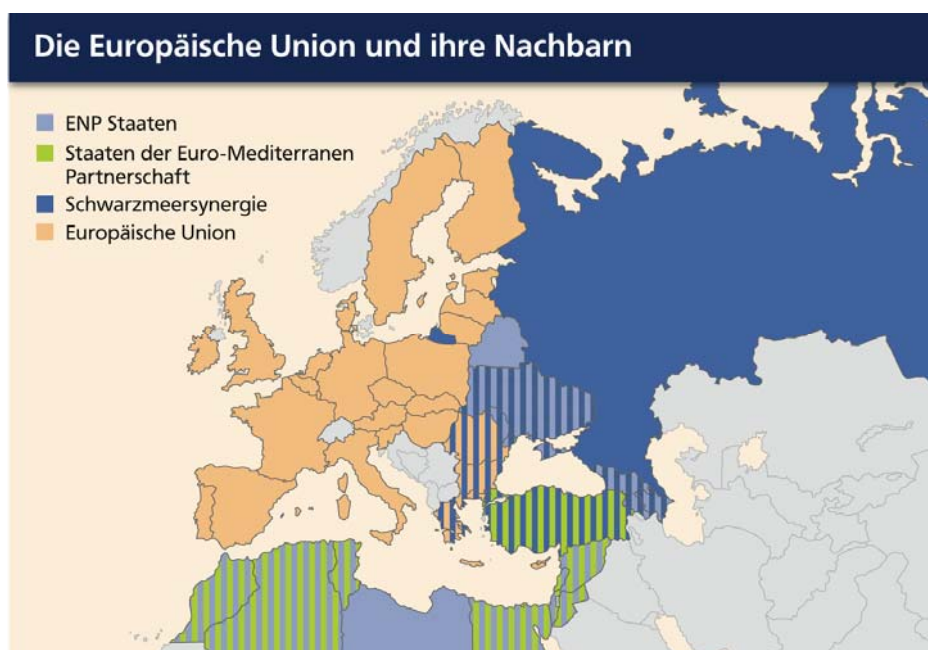
Für Nachbarstaaten wie die Ukraine oder Moldau, die offen EU-Beitrittsambitionen hegen, erfüllt die ENP jedoch nicht die

Erwartungen. Beide Länder stehen Vorschlägen, die eine dauerhafte Alternative zum EU-Beitritt darstellen, abwehrend gegenüber und erwarten eine qualitative Aufwertung ihrer Beziehungen mit der EU.

Doch die Beitrittsfrage ist innerhalb der EU umstritten. Während Deutschland und Frankreich immer wieder betonen, die ENP enthalte keine Beitrittsperspektive und sei vom EU-Erweiterungsprozess zu trennen, argumentieren die neuen EU-

Richtung: Eine Mittelmeerunion unter französischer Führung sollte entstehen, ein exklusiver Club der Anrainer, der alle jene EU-Mitglieder ausschließt, die keine Mittelmeerküste haben.

Das missfiel vielen Partnern in der EU, der Plan musste überarbeitet werden. Inzwischen ist nicht mehr von einer „Mittelmeerunion“ die Rede. Das Konzept ist eingeflossen in eine Neuauflage des seit mehr als zehn Jahren bestehenden Barcelona-



Prozesses. An der neuen Union werden alle EU-Mitglieder mitwirken. Der Streit ist zwar erledigt: Offen bleibt aber die Frage, welche Politik verfolgt werden soll.

Die Neuschöpfung eines „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ hat zunächst das Ziel,

Mitgliedstaaten, allen voran Polen, die ENP in ihrer östlichen Dimension sei der erste Schritt zur weiteren Ost-Erweiterung. Sie machen einen deutlichen Unterschied zwischen europäischen Nachbarn und den Nachbarn Europas: Die einen gehören mittel- bis langfristig „dazu“, die anderen (aus dieser Sicht) aber nicht.

den in die Jahre gekommenen Barcelona-Prozess politisch aufzuwerten. Dieser sollte eigentlich bis 2010 mithilfe einer gemeinsamen Freihandelszone eine Euro-Mediterrane Partnerschaft (EMP) schaffen: ein gemeinsamer Raum des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands.

II

Sarkozys Mittelmeerunion – Erneuerung der ENP über Umwege?

Am 13. Juli treffen sich in Paris alle 27 EU-Staats- und Regierungschefs mit den politischen Spitzen südlicher und östlicher Mittelmeeranrainer. Die französischen Pläne gingen zunächst in eine andere

Doch rasch erlahmte der Prozess. Die Ansprüche und Erwartungen auf beiden Seiten des Mittelmeeres waren zu unterschiedlich. So blockiert der Norden den Wunsch des Südens nach freiem Marktzugang für dessen Agrarprodukte, nach Freizügigkeit der Arbeitnehmer und nach Entwicklungshilfe und Technologietransfer, die nicht an politische Forderungen wie Achtung der Menschenrechte oder Demokratisierung gekoppelt sind. Auch geriet der Barcelona-Prozess zusehends zwischen die Fronten des Nahostkonfliktes.

Die Botschaften an die arabischen Nachbarn blieben widersprüchlich: Sollten die EU-Hilfen zur sozialen und wirtschaftlichen Transformation beitragen? Sollten die Demokratisierungsprojekte, die mit Regierungsstellen wie auch mit Nichtregierungsorganisationen initiiert wurden, nun die arabischen Regime stabilisieren, reformieren - oder entmachten?

Eine weitere Schwäche des Barcelona-Prozesses: Das Misstrauen der Südregerungen untereinander förderte regionalen Kooperationsgeist nur selten. Gerade hier fehlte das Bewusstsein für die gemeinsame Verantwortung für den Prozess. Mit dem französischen Vorstoß soll nun alles anders werden.

Doch Einwände kommen bereits vom Südrand des Mittelmeeres. So lehnt der Libyer Muammar al-Gaddafi Sarkozys Union mit den Worten ab: „Wir gehören nicht zu Brüssel.“

Es bleibt abzuwarten, wie nach schwierigem Start die Union für das Mittelmeer in Fahrt kommen soll. Viel wäre erreicht, wenn ein offenes transmediterranes Dialogforum entstünde und wenige aber schlagkräftige Projekte in den Bereichen Bildung, Umwelt, Energie und Agrar transparent umgesetzt würden.

III

Eine Union für das Schwarze Meer ?

Eine Wirkung hat die Initiative für eine Aufwertung der Beziehungen zu den Mittelmeeranrainern jedoch bereits gezeitigt: Die schon seit Jahren latente Frage nach einer Neuformulierung des Umgangs mit den direkten Nachbarn der Union ist im politischen Raum angekommen und wird jetzt offen verhandelt. Neben dem Mittelmeer stehen dabei der Schwarzmeerraum und die östlichen Nachbarn im Zentrum neuer Initiativen.

Die Schwarzmeerregion ist für die Europäische Union das Nadelöhr für Energielieferungen, aber auch Knotenpunkt verschiedener Kulturen und Einflusszonen. Eingefrorene Konflikte und schwierige Transformationsprozesse kennzeichnen Teile der Region. Im Unterschied zu den südlichen Mittelmeeranrainern ist ein großer Teil der Schwarzmeerregion europäisch geprägt.

Zehn Staaten werden gemeinhin zur weiteren Schwarzmeerregion gezählt: die drei EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Griechenland und Rumänien, die drei großen Anrainer Russland, Türkei und Ukraine sowie die drei Südkaukasusstaaten Armenien, Aserbaidschan, Georgien und Moldau.

Abgesehen von den Mitgliedstaaten bzw. Beitrittskandidaten gibt es zwei deutlich unterscheidbare Gruppen: Auf der einen Seite stehen Georgien, die Ukraine und Moldau, die - zumindest rhetorisch - einem Reformkurs verbunden sind und Beitrittsaspirationen hegen. Ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens für eine effektive Europäisierung besteht jedoch nur in Georgien und Moldau. In die ENP eingebunden, jedoch Europäisierungstendenzen gegenüber skeptisch sind Armenien und Aserbaidschan.

Die Heterogenität der Region und die auseinanderlaufenden Ambitionen der einzelnen Staaten spiegeln sich in der bisherigen Herangehensweise der EU gegenüber dem Schwarzmeerraum wider. Drei Politiken sind voneinander zu unterscheiden, ihr Ansatz ist in jedem Fall bilateraler Natur: Die Türkei fällt als Beitrittskandidat in die Erweiterungspolitik der EU. Mit Russland werden Verhandlungen über die Inhalte und Formen einer strategischen Partnerschaft geführt. Die übrigen Anrainerstaaten (so sie nicht Mitglieder der EU sind) werden von der ENP und deren bilateralen Aktionsplänen erfasst.

Die so genannte Schwarzmeersynergie, die mit einem Ministertreffen im Februar 2008 in Kiew offiziell gestartet wurde, ist

die erste Initiative der EU, die diese Region als Ganzes in den Blick nimmt und Russland ebenso wie die Türkei als Regionalmächte mit einbezieht. Ziel der Schwarzmeersynergie ist es, regionale Zusammenarbeit innerhalb der Region sowie

zunächst ausblieben, kam in Brüssel spürbar Dynamik auf. Am 23. April 2008 veröffentlichten die Europaabgeordneten Hannes Swoboda und Jan Marinus Wiersma einen [gemeinsamen Aufruf](#) für eine Union für das Schwarze Meer, die sich an das

Modell der Union für das Mittelmeer anlehnt. Das Europäische Parlament diskutiert den Vorschlag bereits - er findet sich wieder in den Berichtsentwürfen von [Jacek Saryusz-Wolski](#) über den Jahresbericht des Rates zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sowie von [Elmar Brok](#) über das Strategiepapier der Europäischen Kommission zur Erweiterung.

Die Abgeordneten fordern eine Vertiefung der Beziehungen zu den Schwarzmeerstaaten, die spürbar über die bestehenden Ansätze hinausgeht und den Rahmen für eine engere multilaterale Zusammenarbeit bietet. So sollen Lösungsstrategien für Umwelt, Migration, aber auch Sicherheit gemeinsam erarbeitet und umgesetzt werden. Eine flexible institutionelle Struktur würde diese Union für das Schwarze Meer steuern. Die Beitrittsperspektive für Staaten mit europäischen Ambitionen soll offen bleiben, um den Europäisierungstrend der Region zu stärken.

Die Abgeordneten halten eine gleichberechtigte Einbindung Russlands und der Türkei für unerlässlich. Als Teil sowohl der

Union für das Mittelmeer als auch der Union für das Schwarze Meer käme dabei der Türkei eine zentrale Rolle zu, die ihr ein bisher nicht da gewesenes Gewicht in der Gestaltung europäischer Nachbarschaftspolitik bieten würde. Erste türkische [Kommentatoren](#) beurteilen das Konzept als interessant.

Entwicklung der ENP	
Bis 2006	
11. MÄRZ 2003	Strategie „ größeres Europa “ der EU-Kommission für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten
12. MAI 2004	Strategie der EU-Kommission über die Europäische Nachbarschaftspolitik
4. DEZ. 2006	Mitteilung der EU-Kommission zur Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik
2007	
1. JAN.	Einführung des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrumente (ENPI) , Ablösung der bisherigen Finanzierung durch MEDA (für die südlichen Nachbarn) und TACIS (für die östlichen Nachbarn und Russlands)
1. APR.	Vorstellung der Schwarzmeersynergie durch die EU-Kommission
5. DEZ.	Mitteilung der EU-Kommission für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik
2008	
14. MÄRZ	Deutsch-französischer Kompromissvorschlag zur Union für das Mittelmeer auf dem EU-Frühjahrgipfel in Brüssel verabschiedet
20. MAI	EU-Kommission stellt ihr Konzept zur „ Union für das Mittelmeer “ vor
23. MAI	Vorschlag einer deutsch-schwedischen Initiative einer östlichen Partnerschaft
19.-20. JUNI	EU-Gipfel wird für künftige Mittelmeer- und Osteuropapolitik Weichen stellen
13. JULI	Voraussichtlich: „ Barcelona Prozess-Union für das Mittelmeer “ wird in Paris gegründet

zwischen der Region und der EU zu stärken. Die Synergie soll die Koordination zwischen gemeinsamen Elementen der bilateralen ENP-Aktionspläne verbessern, will diese aber nicht zu einem multilateralen Geflecht entwickeln.

Während Reaktionen auf die Initiative des französischen Präsidenten zur Gründung einer Mittelmeerunion in der Region selbst

IV

Und wo bleibt der Osten?

Den größten Wirbel verursachte die „Union für das Mittelmeer“ nicht bei den Mittelmeeranrainern, sondern unter den neuen Mitgliedstaaten der EU. Insbesondere in Polen und Litauen, die seit dem eigenen EU-Beitritt die östliche Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik immer wieder betonten, verbreitete sich schnell die Ansicht, dass der Vorschlag die gerade entstehende, neue Ostpolitik der EU behindern könne.

Die am 26. Mai 2008 auf dem Treffen der EU-Außenminister in Brüssel vorgestellte schwedisch-polnische Initiative für den Osten zielt darauf ab, die östlichen Nachbarn enger an die EU zu binden. Diese sollte nicht nur die Ukraine, Moldawien und zum gegebenen Zeitpunkt auch Weißrussland umfassen, sondern auch die Kaukasus-Länder Georgien, Armenien und Aserbaidschan einbeziehen.

Vor allem das polnische Interesse ist klar: Durch eine engere Kooperation sollen Energielieferungen aus dieser Region gesichert werden. Der polnischen Regierung ist es zudem gelungen, die schwedische Diplomatie von der Idee einer Osteuropa-Union zu überzeugen und auf diese Weise den drohenden Gegensatz zwischen alten und neuen Mitgliedern zu überwinden. Als die polnische Regierung noch half, Litauen zu überzeugen, seine Blockade beim EU-Verhandlungsmandat für Russland aufzugeben, war der Durchbruch perfekt. Die EU-Außenminister nahmen am 26. Mai den Vorschlag Polens für eine „östliche Partnerschaft“ an.

Wie der polnisch-schwedische Vorschlag über die „Ost-Partnerschaft“ ausgefüllt wird, bleibt abzuwarten. Am 20. Juni erging die Aufforderung des Europäischen Rates an die Kommission, bis zum Frühjahrsgipfel 2009 einen Vorschlag für die Modalitäten der „Ost-Partnerschaft“ vorzulegen. In jedem Fall nützt der Ukraine und

anderen östlichen Nachbarstaaten diese Initiative mehr als unrealistische Forderungen nach schnellstmöglicher EU-Aufnahme.

V

Vier Orientierungspunkte

Die Debatte um einen neuen Umgang mit den direkten Nachbarn ist eröffnet – angestoßen durch die Initiative von Nicolas Sarkozy. Es wird eine der Aufgaben der französischen und der folgenden tschechischen Ratspräsidentschaft sein, die Entwicklung hin zu einem umfassenden und zukunftsfähigen EU-Nachbarschaftskonzept voranzutreiben. Der Weg ist seit der Ratstagung vom 20. Juni 2008 geebnet. Sowohl der „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ als auch die „Östliche Partnerschaft“ haben Eingang in die Schlussfolgerungen des Rates gefunden.

Die neuen Regionalkonzepte können erfolgreich sein. Mit einem leichten und institutionellen Rahmen sowie angemessenen Instrumenten ausgestattet, können sie ermöglichen, was die ENP bisher nicht schaffte.

Bevor die neuen Konzepte umgesetzt werden können muss sich die europäische Politik jedoch mit vier Fragen auseinandersetzen. Tut sie es nicht, wird auch die jetzige Debatte nur Stückwerk hervorbringen: neue Unionen, Institutionen, Prozesse, Instrumente, Pläne, deren unterschiedlichen Ziele sich widersprechen, deren Auswirkung fraglich bleibt.

Erstens: Die Vorteile der ENP dürfen nicht über Bord geworfen werden. Neue multilaterale Instrumente sollten nicht die bilateralen Beziehungen der EU zu einzelnen Staaten, vor allem zu denen, die in ihren Reformschritten rascher voranschreiten, behindern oder überlagern. Bei fehlender Beitrittsperspektive fehlt der EU das zentrale Instrument positiver Konditionalität. Welche Formen der Konditionalität kann

die EU setzen, um den Anpassungsdruck an Europa aufrecht zu erhalten? Überstürzt gegründete Regionalinitiativen kompensieren diesen Mangel nicht.

Zweitens: Die EU muss sich darüber klar werden, was konkret sie bereit ist in die Beziehungen mit den einzelnen Regionen einzubringen. So wäre mit Blick auf das Mittelmeer die Frage der Öffnung des europäischen Marktes für Agrarprodukte aus den Mittelmeerrainern zu klären. Dies wäre ein praktischer und effizienter Beitrag zu Stabilisierung und Entwicklung vieler Nachbarländer. Bildungsprojekte und konkret gefasste Migrationsabkommen müssten angesprochen werden. Georgien und die Ukraine müssen wissen, inwieweit ihre Interessen von der EU gegen ein interventionistisch gestimmtes Russland vertreten werden.

Drittens: Die Initiativen für eine engere Zusammenarbeit mit den Mittelmeerrainern, mit den östlichen Nachbarn und gegebenenfalls auch mit den Anrainern des Schwarzen Meeres können nur dann erfolgreich sein, wenn sie in der EU in den gemeinschaftlichen Prozess eingebunden sind. Nur in gemeinsamer Verantwortung aller EU-Mitglieder können regionale Initiativen Sinn machen, den Nachbarnstaaten und der EU Vorteile bringen. Regionale und nach außen ausgreifende Kreise, die von einzelnen Sachwaltern innerhalb der EU im Alleingang gesteuert werden, würden die Union von einer in die nächste Zerreißprobe werfen. Eine gemeinsame Außenpolitik wäre schon vor der eigenen Haustür kläglich gescheitert.

Viertens: Russland und die Türkei müssen aktiv eingebunden werden. Regionale Initiativen machen nur Sinn, wenn die beiden großen Akteure im Osten bzw. Südosten der Union von Anfang an gleichberechtigt

Teil der jeweiligen Konzepte sind - dies gilt für Russland mit Blick auf die östliche Partnerschaft, für die Türkei mit Blick auf die Union für das Mittelmeer und für beide bei einer Schwarzmeerinitiative, die über die bestehende Schwarzmeersynergie hinaus geht.

Russland und die Türkei könnten so gemeinsam mit der EU und den anderen Partnern in der jeweiligen Region Zielsetzung und Strategie mit bestimmen. Gleichzeitig wüsste die EU die beiden Akteure in regionale Kooperationszusammenhänge eingebunden. Der Türkei - auf der Schnittstelle zwischen Osten und Süden - würde eine besondere Rolle zukommen, die ihrem Annäherungsprozess an die EU neuen Schwung geben könnte.

„Kohärenz als Leitgedanke“

Grundvoraussetzung einer vollen Einbindung ist jedoch die unzweideutige Anerkennung der Souveränität aller beteiligten Staaten. Eine entsprechende Politik Russlands gegenüber der Ukraine und Georgien muss daher am Anfang und nicht am Ende einer Kooperation stehen, ebenso muss die Türkei ihre Politik im armenisch-aserbaidshaischen Konflikt zu Gunsten einer konstruktiven Konfliktlösung neu definieren.

Der Leitgedanke einer neuen Nachbarschaftspolitik lautet Kohärenz. Das bedeutet nicht zwangsläufig eine einzige, geschlossene Form. Doch die Debatten über Definition, Räume, Zeitschienen sollten endlich der Vergangenheit angehören. Dann werden gute Ergebnisse in einer Region mit einem Nachbarn rasch auf andere Partner ausstrahlen.

Weiterführende Literatur:

Rosa Balfour und Dorothee Schmid, Union for the Mediterranean. Disunity for the EU?, EPC Policy Brief, Februar 2008.

Michael Emerson, Making sense of Sarkozy's Union for the Mediterranean, CEPS Policy Brief Nr.155, März 2008.

Iris Kempe (Hrsg.), Prospects and Risks Beyond EU Enlargement Opladen 2003

Barbara Lippert, Die Europäische Nachbarschaftspolitik: Viele Vorbehalte – einige Fortschritte – unsichere Perspektiven, Internationale Politikanalyse, Friedrich Ebert Stiftung, März 2008.

Dieter Mahncke und Sieglinde Gstöhl (Hrsg.), Europe's Near Abroad: Promises and Prospects of the EU's Neighbourhood Policy, College of Europe Studies No. 4, Brüssel 2008.

Tobias Schumacher, From Paris with Love? - Euro-Mediterranean Dynamics in the light of French Ambitions, In: GCC-EU Brief of the Gulf Research Center, Nr. 10, Mai 2008.

Yannis Tsantoulis, Subregionalism in the Black Sea and the EU's Role. Incentives, Obstacles and a 'New Synergy', Center for European Integration Studies, Discussion Paper C183 2008.

Alexandros Yannis, The European Union and the Black Sea Region: The New Eastern Frontiers and Europeanisation, International Centre for Black Sea Studies (ICBSS), Policy Brief 7, Mai 2008.

[Mitteilung der EU Kommission über das *Größere Europa* vom 11. März 2003: COM \(2003\) 104 final](#)

[Mitteilung der EU Kommission zur Union für das Mittelmeer vom 21. Mai 2008: COM \(2008\) 319 final](#)

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

Spotlight europe spezial # 2008/06
Was nun Europa?
Vier Optionen nach dem irischen „Nein“
Dominik Hierlemann

spotlight europe # 2008/05
Grünes Licht von der Grünen Insel?
Zehn Fragen zu Irland
Dominik Hierlemann, Christian Heydecker

spotlight europe # 2008/04
Menschenhandel: Europas neuer Schandfleck
Armando García Schmidt